



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/157 - 10.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-57

Fernschreiber 039 890

Um den deutschen Verteidigungsbeitrag	S. 1
Bevan manifestiert seine Kritik	S. 3
"Südwestfunk"-Vertrag gegen Unabhängigkeit	S. 5

Entscheidung für Deutschland ?

(sp) Ausländische Blätter wissen die genaue Stärke des geplanten deutschen Truppenkontingentes anzugeben. Sie diskutieren für und wider und viele deutsche Zeitungen übernehmen das, Ob es stimmt oder nicht. Der Bundeskanzler hat inzwischen neue Vorschläge erhalten, in seinem Auftrage fuhr Blank nach Paris.

Man sagt, die Verwirklichung des Verteidigungsbeitrages erfolge nun im Rahmen des Pleven-Planes, hinsichtlich der Größe der deutschen Einheiten seien die Franzosen zu Konzessionen bereit. Diese Regelung solle nun rasch erfolgen, wenn es notwendig werden sollte, auch gegen den Willen der Sozialdemokraten. Das alles wird mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben. Der einfache Mann, um dessen Schicksal es geht, wird im Unklaren gehalten. Wie denkt er ?

Befragungsinstitute wollen erforscht haben, daß angeblich die erste spontane Reaktion, der "Ohne-which-Standpunkt", nunmehr einer wohlwollenden Bereitschaft, zitzumachen, gewichen sei. Wir sind der Ansicht, daß die Regierung sehr schlecht beraten wäre, wenn sie von solcher Annahme ausginge. Freilich weiß man allgemein, daß Deutschland zum Westen gehört und daß die Verteidigung des Westens wie die der Heimat notwendig werden kann - w e n n für den Erfolg eine ernsthafte Chance besteht. Dazu sind erforderlich: politische Gleichheit Deutschlands in

der Gemeinschaft, volle militärische Mitverantwortung und schließlich, daß man zu Deutschland steht, genau so, wie es selbst Beistand zu geben bereit ist.

Die Gegenseite aber kommt immer noch nicht ganz über den Zaun ihrer eigenen Siegevorgstellung hinweg. Die formelle Aufhebung des Kriegszustandes ist in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein neuer Anlauf. In den Verhandlungen der Bundesregierung aber wird offenbar kaum das Problem der unerläßlichen Voraussetzung für einen deutschen Beitrag nachdrücklich vor jede weitere Erörterung gestellt, so wie es seinen Worten nach seinerzeit der atlantische Verteidigungschef selbst es tat. Stattdessen versucht man, sich an dieser entscheidenden, ungelösten Frage vorbei in diese imaginäre Verteidigungsfront hineinzuschmuggeln.

Sicherheit, die Deutschland nach aller menschlichen Voraussicht vor dem Schicksal der verbrannten Erde bewahren kann, ist eine absolute Vorbedingung für einen deutschen Beitrag, man kann es nicht oft genug wiederholen. Diese Sicherheit aber ist nach allem, was der Westen militärisch plant und tut, für Deutschland bisher nicht gegeben. Mehr noch: der Verteidigungsplan hat, allem Anschein nach, diese Sicherheit strategisch nicht einmal vorgesehen. Eisenhower kam, inspizierte und baut nun - nordafrikanische Flugplätze aus, ein Stützpunkt-System am Mittelmeer und in den Gebirgszügen der westlichen Küste. Das ist eine Basis, von der aus man vielleicht nach der Flut, als von einem Brückenkopf aus, später einmal gegen die 175 Sowjet-Divisionen zurückschlagen könnte. Unter ähnlichem strategischem Vorzeichen wurde die Zahl der amerikanischen Verstärkungen für Europa auf insgesamt sechs Divisionen begrenzt. Selbst bei der Schaffung eines zusätzlichen Truppenkonglomerates im Geiste des Herrn Pleven würde eine solche Streitmacht allenfalls gut sein, den Rückzug in jenen Brückenkopf zu decken.

Deutschland verteidigen kann nicht heißen, seine Städte und Dörfer wieder zum Schlachtfeld zu machen und seine Soldaten für die Deckung eines Rückzuges einzusetzen, ohne Deutschland eine andere Chance zu geben, als später ein weiteres Mal befreit zu werden. Ein solches Spiel macht kein Deutscher nach freiem Willen mit, darüber täuschen auch keine noch so optimistischen Stimmungs-Prognosen hinweg. Man kann nur hoffen, um Europas willen, daß die Alliierten an dieser Einsicht nicht vorübergehen werden.

Bevans Einziger Weg

F.S., London, 10. Juli 1951

Als wenige Wochen vor den letzten Unterhaus-Wahlen zwölf Labour-Abgeordnete des linken Flügels unter Führung von Crossman in einer Broschüre die Labour-Regierung kritisierten, befürchtete man eine nachhaltige Wirkung. Die Politiker der beiden anderen Parteien sagten schwerwiegende Auseinandersetzungen voraus und hofften, daß es zu einer Spaltung der Arbeiterschaft kommen würde. Zu den Unterzeichnern jener Broschüre, die heute schon fast vergessen ist, gehörten weder Aneurin Bevan, noch Harold Wilson, noch auch John Freeman, die kürzlich aus der Regierung austraten und nun ihrerseits für eine Broschüre verantwortlich zeichnen, die sie "One Way only" (Der einzige Weg) nennen, und mit der sie eine neue Erklärung zur sozialistischen Politik in England abgeben. Die Partei-Organisationen haben bis zum Partei-Kongreß im Oktober Zeit genug, den Inhalt zu diskutieren. Die Broschüre wird diesen Kongreß überschatten, ohne daß ihre Urheber in den Vordergrund zu treten brauchen, wenn sie es auch in jedem Falle versuchen werden.

Die Erklärung befaßt sich mit außen- und innenpolitischen Entscheidungen der Regierung, und zwar im einzelnen und ganz allgemein. Dabei ergibt sich, daß auch die ganz rechts stehenden Gewerkschaftsführer oder Kabinettsmitglieder - ganz rechts innerhalb der Partei natürlich - der Kritik zustimmen könnten, wenn nicht eben dieser Einzige Weg, wollte man ihn konsequent gehen, in einer Sackgasse enden würde, ohne je mit dem demokratischen Sozialismus in Berührung gekommen zu sein. Die eigentliche Kritik liegt in der Feststellung oder Behauptung, daß die Labour-Regierung zu wenig Annäherung an den Sozialismus suchte und erreichte - eine Tatsache, die sie übrigens selbst nicht bestreitet, die aber erklärlich wird, wenn man die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, die sich dieser Regierung vom ersten Tage ihrer Amtsübernahme an entgegenstellten, objektiv beurteilt. Von Bevans Standpunkt ist es zu begreifen, daß er gegen die Intensität der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit die englische Politik im Fernen Osten, die Handhabung kolonialer Probleme, die europäische Gleichgewichtsverteilung und vor allem das Wieder-

Aufrüstungsprogramm der Regierung polemisiert. Dabei merkt man an manchen Stellen nur zu deutlich, daß auch unter seinen Anhängern nicht immer Übereinstimmung herrscht, ja im Grunde nur in einem Punkte deutlich erkennbar wird, wenn man zu dem Vorschlag Stellung nimmt, daß bessergestellte Länder die Notgebiete der nichtkommunistischen Teile der Welt unterstützen sollten - ein Vorschlag, der übrigens schon vom letzten Parteitag in ähnlicher Form angenommen wurde.

Der Vorstand der Labour-Party hat nicht die Absicht, zu den Erklärungen Bevans und seiner Freunde noch vor dem Parteitag Stellung zu nehmen. Die letzten Ereignisse in Korea und in Persien ergeben auch so viel Gegenargumente, daß es wohl nicht sehr schwer fallen dürfte, den Kongreß und die Wählerschaft auf die Seite der Regierungspolitik zu bringen. So wird "One Way only" wohl im äußersten Fall als Diskussionsmaterial, nicht aber als die Konzeption einer umfassenden, konstruktiven Kritik zu werten sein. Das ist umso bedauerlicher, als der geistige Urheber dieser Schrift, Aneurin Bevan, vom letzten Parteitag mit der größten Stimmenzahl in die Exekutive gewählt wurde. Von 315 Labour-Abgeordneten haben sich, wie man hört, 24 hinter ihn gestellt. Ihnen könnte es, bei der gegenwärtigen Lage im Parlament, gelingen, die Regierung zu Fall zu bringen. Eine solche Politik würde jedoch vom überwiegenden Teil auch ihrer Wählerschaft sicher verurteilt werden und ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ende der eigenen politischen Laufbahn bringen.

+ + +

90.000 Menschen in tschechischen Zwangsarbeitslagern

Nach einer Mitteilung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gibt es in der Tschechoslowakei 46 Zwangsarbeitslager mit über 90.000 Insassen. Die Lager dienen dem doppelten Zweck, politische Gegner festzuhalten und billige Arbeitskräfte zur Erfüllung des Fünfjahresplanes zu gewinnen. Die größten Lager befinden sich in der Nähe von Joachimsthal (23.400), Kladno (8.000), Příbram (7.000), Aussig an der Elbe (8.300) und in der Nähe des Prager Flugplatzes, Ruzyně (6.500). Jugendliche und Frauen werden in Sonderlagern festgehalten. Das größte Frauenlager mit 2.800 Insassen ist gegenwärtig das Lager XIV/S in Joachimsthal im Erzgebirge.

+ + +

Staatsvertrag gegen Meinungsfreiheit

Von J.F. Warner

Während es in den letzten Wochen um die Pläne für ein Bundes-Rundfunkgesetz etwas ruhiger geworden ist, wird der Entwurf eines Ländervertrages für den Rundfunk bekannt. Er vereint in seinem Paragraphengestrüpp so ungefähr alles, was wir seit der Zeit des staatlich kontrollierten Rundfunks Goebbelscher Prägung endgültig überwunden glaubten. Der Südwestfunk, als Zonensender des französischen Besatzungsgebietes, arbeitet bislang lediglich auf eine französische Verordnung gestützt. Um diesem Mangel noch schnell vor der Südweststaat-Abstimmung abzuhelpfen, hat man in den Staatskanzleien der drei beteiligten Länder Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern einen Vertragstext ausgearbeitet.

Im § 6 heißt es: "Der "Südwestfunk" darf nicht einseitig in den Dienst einer Regierung, einer politischen Partei... treten, oder deren Ziele parteiisch fördern". Gut so, könnte man sagen, wäre nicht ein § 8, der festlegt: "Der "Südwestfunk" hat auf Ersuchen unverzüglich und unentgeltlich amtliche Bekanntmachungen der Bundesregierung und der Länderregierungen seines Sendebietes zu verbreiten". Amtliche Bekanntmachungen - dieser Begriff ist vieldeutig geworden, seitdem es Staatsanzeiger gibt, die politische Polemiken ihrer Minister als "amtliche Bekanntmachungen" veröffentlichen. Doch die Möglichkeiten dieser Kautschuk-Bestimmung genügen den Vätern des Vertrages noch nicht. Im nächsten Absatz bestimmen sie daher: "Er (der "Südwestfunk") hat ferner den Regierungen angemessene Sendezeiten zur Verfügung zu stellen". Eine lapidare und umfassende Forderung. Parteien, Gewerkschaften, Weltanschauungs-Gemeinschaften dagegen "soll Gelegenheit gegeben werden, im "Südwestfunk" angemessen zu Wort zu kommen". Hier spürt man deutlich, was erreicht werden soll: ein Senderecht für die Regierungen, wann immer sie wollen, eine Sendemöglichkeit für alle anderen Kräfte, wenn sie die Verantwortlichen beim "Südwestfunk" gestatten.

Diese Verantwortung liegt beim Rundfunkrat. Er setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen, die nach den im politischen Leben zwar überwundenen, beim Rundfunk aber noch sehr lebendigen ständischen

Grundsätzen ernannt werden. Die Regierungen bestimmen drei Mitglieder. Acht Mitglieder werden von den Volksvertretungen, mitmaßlich wie auch bisher üblich, nach dem Mehrheitsprinzip - d.h. also aus den Reihen der Regierungsparteien, gewählt. Das wären erst einmal elf Stimmen für die Regierung. Drei Vertreter des Erziehungswesens, einen Sprecher des Sports und zwei Vertreter der Gemeinden, ernennen die Kultusminister; verschämt wird jeweils beschönigend hinzugefügt "im Benehmen" mit den Organisationen. (Man kann sich vorstellen, wer etwa in der Verhandlung über die Benennung, bei so ungleichen Gesprächspartnern wie dem Kultusminister und den ihm disziplinarisch unterstellten Vertretern der Erzieherverbände, den Ausschlag geben wird). Damit haben die Regierungen 17 sichere Stimmen. Sie erhalten unter Umständen noch mehr, denn die acht Vertreter der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände ernennen die Kultusminister gleichfalls, wenn diese Verbände sich auf keinen Kandidaten für den Rundfunkrat einigen können. Als sichere Hilfstruppen kommen die drei Vertreter der Universitäten hinzu, die kaum gegen die Regierung, von der sie finanziell abhängig sind, stimmen werden. Genau so wenig werden sich die drei Vertreter der Kammern vom Standpunkt der Regierung entfernen. Das wären dann glücklich 31 von den 40 Mitgliedern des Rundfunkrates. Übrig bleibt in der hoffnungslosen Vereinsamung der Unabhängigkeit die Minderheit von vier Gewerkschaftlern, drei Pressevertretern und zwei Mitgliedern der Jugendbewegung.

Ein Vertrag, der solchermaßen das Gremium zusammensetzt, das die Unabhängigkeit des Rundfunks wahren soll, untergräbt sie von vornherein. Aber diese Unabhängigkeit soll ja gerade, nach dem Willen der Vertragsschließenden, beseitigt werden. Dieses Bestreben zeigt in unverhüllter Deutlichkeit der § 18 des Entwurfs, der die Länder zum "Eingreifen" berechtigt, wenn der Rundfunkrat (dieser Rundfunkrat!) "in seiner Pflicht versagt". Für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich der regierungsabhängige Rundfunkrat, oder der von ihm gewählte Intendant, diesem "Eingreifen" widersetzt, ist ein Schiedsgericht anzurufen. Dies Schiedsgericht soll dann die Regierungen ernächtigen, für den "Südwestfunk" einen "Verweser" zu bestellen und zwar gleich auf zwei Monate, bis zur Wahl eines neuen Rundfunkrates. Diese Zeitspanne dürfte für jeden Regierungs-Kommissar ausreichen, um auch die letzten Reste von Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit, die bis dahin die Anwendung des Staatsvertrages im Sendehaus noch überdauert haben, endgültig auszurotten.